

Presseinformation

Potsdam, 12. Februar 2009

Zu den heutigen Warnstreiks im Öffentlichen Dienst in Brandenburg erklärt der **arbeitsmarktpolitische Sprecher Christian Görke:**

Linksfraktion unterstützt Gehaltsforderungen für den öffentlichen Dienst

Die Linksfraktion unterstützt die Forderung der Gewerkschaften für eine achtprozentige Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst. Seit Jahren mussten auch diese Beschäftigten Reallohnverluste hinnehmen, da die Abschlüsse in den vergangenen Jahren meistens unter der Inflationsrate lagen. Zudem wäre eine Gehaltserhöhung zum jetzigen Zeitpunkt auch ein Beitrag zur Stärkung der Binnenkaufkraft und damit ein Mosaikstein zur Überwindung der Wirtschaftskrise.

Unakzeptabel ist die Äußerung von Brandenburgs Finanzminister Rainer Speer (SPD), der zu den Arbeitsniederlegungen im öffentlichen Dienst in Brandenburg sagte gegenüber dem „Tagesspiegel“ : „Das juckt uns nicht.“ Eine solche zynische Haltung gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist aus meiner Sicht für einen Minister unwürdig.

Außerdem ist es bezeichnend, dass die SPD einerseits Rahmenbedingungen für gute Arbeit einfordert, andererseits aber den berechtigten Forderungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Abfuhr erteilt.